"Der Courier"

Organ der deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.
M. E. v. Bauernfeind, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1825-1827 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 2391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (13—52 Ausgaben pro Jahr)	$2.00 Ein Jahr	$1.50 Sechs Monate	$ .75 Drei Monate	c .7 Ein Monat

Ausland. — Benachbarte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe ..	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Geldsorten kosten 75c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 50 Cents; für jede weitere Insertion 25 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig 90 Cents; für jede weitere Insertion 70 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Was dann?

Immer wieder hatten wir an dieser Stelle auf den siechen, in Fieberschauern ergreifenden Weltorganismus hingewiesen; immer wieder hatten wir mit so vielen anderen unsere Stimme gegen die unheilbaren Symptomzeichen als Vorläufer einer drohenden Katastrophe erhoben; immer wieder behaupteten wir, daß es nicht so weiter gehen kann. London, Spaa, Genf, Washington, Cannes und Boulogne waren zwar Konferenzstationen, die immer wieder die schweren, Welt-Krankheitssymptome als auch die Ohnmacht der sich bemühenden Aerzte feststellten. Die Geldentwertung, Arbeitslosigkeit, der darniederliegende Handel, die allgemeine Unzufriedenheit und Verschwendungssucht sind keineswegs mehr Folgen des Krieges, sondern zeitigen die unausbleiblichen Konsequenzen einer Politik des Hoffens und der Rache. Sie ist es, die als Vulkan bei ohne dies schon durch den Krieg geschwächten und zerrütteten Boden in seinen Grundtiefen erschüttert. Die unaufhaltsam sich häufenden Krisen in Form von Ministerwechseln wie Frankreich, Italien, England, die Revolutionen in Indien, Aegypten und Südafrika, die Streiks in den Vereinigten Staaten und Britannien, die in's ungeheuerliche, astronomische anwachsenden Schuldenlasten sind die grollenden, unheilverkündenden Vorläufer eines Erdbebens, das sich unaufhaltsam, riesig ankündigt. Wer könnte sich unterfangen, diese drohenden Erscheinungen oder deren engsten Zusammenhang als einen Zufall bezeichnen zu wollen? Nein, diese Ereignisse sind die unausbleiblichen Folgen von Versailles, die naturnotwendigen Begleiterscheinungen eines chronisch fiebernden erkrankten Weltenkörpers, der sich gegen die Krankheitsanzeichen eines David Lloyd George, Clemenceau, Wilson, Poincare und Harding mit seiner ihm noch übrig gebliebenen Energie wehrt, ja, der sich dagegen aufbäumt und protestiert. Der gesunden müßte und will, wenn man sich nur endlich einmal dazu bequemen wollte, die Arzenei wahrer christlicher Nächstenliebe anzuwenden. Kein Wunder, daß Tausch und sein kommunistischer, internationaler Anhang keineswegs die Hoffnung auf den revolutionären Weltbrand aufgegeben haben; kein Wunder, daß diese verhetzerischen Stimme Europa für den Umsturz reif erklärt, kein Wunder — und für sie haben mehr wie Recht. — wenn sie verkünden, daß der mammonistische Kapitalismus sich als mißkennerischlingender Mosaik erwiesen hat. — Nein, so geht es nicht weiter, aber: „Was dann?"

Genua.

Bedürften wir weiterer Beweise, so ist es diese in Aussicht genommene Konferenz. Genua nun sich noch am grünen Beratungstisch niederzulassen hat, entspannt sich ein Kampf. Genua bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine neue Phase, die nach dem ersten, schon oben erwähnt unausgegangenen und alle Sinnt und Sinnes wohlbetitelten verlaufen, um so heftiger und kritischer sich gestalten muß. Genua ist es gewährleisten, entweder der Anfang einer Gesundheitskur oder aber die Fortsetzung auf dem Wege zum Ende zu sein. Wird Genua im Zeichen der christlichen Ethik oder in dem der dunklen, geheimen jüdisch-freimaurerischen Mächte Luzifers stehen? in anderen Worten, wird es langsamen Wiederaufbau oder endgültiges, alles unter sich begrabenden Niederreißen bedeuten? Eins steht fest: Das Schicksal Europas und mit ihm dasjenige der ganzen Welt ist auf's schwerste durch den unchristlichen Aufschub der Ratifizierung Versailles gefährdet. Bleibt ihm sein Galgenfrist und der Leidensweg deutlich über die blutige Straße des Bolschewismus erspart? Wenn nicht, „was dann?"

Englands.

Nach eingeweihter Resignation hat sich David Lloyd George für einige Wochen in die ländliche Stille zurückgezogen. Man wird gut daran tun, diese Nachricht nicht allzu wörtlich aufzufassen, denn, wenn auch aus der Entfernung, der kleine Walliser wird nach wie vor seine Karten zu spielen wissen. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Stellung des englischen Premiers eine äußerst schwierige geworden ist; trotzdem ist es ihm bis jetzt hervorragend gelungen, sich den ähnlichen Gelegenheiten als Meister zu erweisen. Er spielte mit seinen Gegnern wie die Katze mit der Maus.

Man erinnert sich noch dessen, wie mehr die große Arbeiterpartei einmal daran war, den großen Mann zu stürzen. Es gelang ihr nicht; Lloyd George siegte, nachdem alles vorüber war, feiner im Sattel denn je zuvor. Die britischen Jingoes schrien nach dem Kriege „Henkt den Kaiser!" und Lloyd George ließ unter diesem Feldgeschrei eine große Mehrheit für sich ins Parlament wählen. Später schlug die Stimmung des Volkes um: die Geschäftsleute Londons mußten ihre Geschäftchen in Deutschland machen; da sagte Lloyd George, trotz dem Gezeter der französischen Chauvinisten, es durch, daß die sogenannten „Kriegsverbrecher" nicht ausgeliefert, sondern in Leipzig prozessiert wurden. Von einer Auslieferung des Kaisers wollte Lloyd George nichts mehr wissen. Dann kam der Aufstand in Irland, in dem der Premierminister sich anfangs auf einen ganz unverständlichen Standpunkt stellte; er suchte die Rebellion in schroffster Weise mit dem Maschinengewehr niederzuwerfen. Schließlich dauerte ihm die Geschichte aber zu lange. Die Mißerfolge der Engländer in Irland verstärkten die nationalistischen Bewegungen in Indien und Aegypten und Lloyd George sah einen schweren Sturm am Horizonte stehen. Ein paar Augenblicke mag er seine Aussichten, sein Glücksschiff durch ihn hindurchzusteuern, ab; dann sagte ihm sein Verstand, es heiße seinen Schutzengel auf eine allzu große Probe stellen, wollte er sich mit drei weit auseinanderliegenden Rebellenländern zugleich herumschlagen. Er wußte, daß England sich von den schweren Wunden des großen Krieges noch lange nicht erholt hatte und daß verlustreiche und langwierige Kolonialkriege bei seinen Landsleuten bis auf weiteres höchst unbeliebt sein würden. Darum zog er es vor, sein Schiff nicht durch den Sturm zu führen, sondern ihn durch rechtzeitige Richtungsänderung zu umfahren. So kam der Frieden mit Irland zustande, in dem Lloyd George sich zu einem ganz außerordentlichen Entgegenkommen dem Gegner gegenüber verstand. Vor Jahresfrist noch würde man es für unmöglich gehalten haben, Lloyd George je zu solchen Zugeständnissen zu bringen. Er machte sie freiwillig, weil er es in seinem eigensten Interesse für politisch klug hielt. Aus demselben Grunde hat er Aegypten die „Freiheit" geschenkt. Er weiß, daß England Handel treiben muß, soll es existieren, und die vertuschten Aufstände, die sich allenthalben gegen die britische Zwangsherrschaft erhoben, gefährdeten jenen Handel und damit des Premiers Stellung, falls es plötzlich zu neuen Wahlen kommen sollte. Auch in Aegypten wußte er geschickt nachzugeben. Wie er es mit letzterem und Irland tat, könnte er Indien gegenüber zur Anwendung bringen. Es wird gemeldet, daß er mit Lord Curzon an der Konferenz in Genua teilnehmen wird. Der Aufruhr in Südafrika ist bezwungen. Durch Festnahme von Spionen und durch Schriftstücke erfuhr man, daß das Geld für die rote Revolution vom Ausland kam. Eine baldige Wiederherstellung des Friedens wird erwartet. Den Revolutionären wurden schwere Verluste beigebracht, außer der Gefangennahme von 2200.

Ulster steht nach wie vor dem südlichen Bruder feindlich gegenüber. Nicht ein Zoll Fuß soll an Sin Fein abgetreten werden. Bevor dies geschieht, sind, so wurde erklärt, 20—30,000 Orangemänner bereit, ihr Leben zu lassen, denen sich noch viele des Auslandes anzuschließen bereit wären.

In Kairo, Aegypten, kam es, laut hier eingetroffenen Nachrichten, zu einer feindlichen Kundgebung gegen das Kabinett von Sarwat Pascha von Seiten der nationalistischen Studenten. Die Polizei mußte energisch eingreifen, ehe die Ruhe wieder hergestellt werden konnte. Das Kabinett verfolgt eine gemäßigte Politik.

Die Verhaftung des Non-kooperatisten-Führers Mohandas K. Gandhi zu Ende der letzten Woche wurde von dem Polizei-Superintendenten Hailey vorgenommen, der bereits zuvor einen der führenden Nationisten, den Bankier Schankerlal, in der Nähe des Stamagrahschram, dem religiösen und politischen Institut Gandhis, einige Meilen von Ahmedabad entfernt, festgenommen hatte. Hailey brachte den Bankier nach dem Institut, dessen Bewohner sich bereits zu Bett begeben hatten. Später erhoben sie sich indeß von ihrem Lager, zogen vor Gandhis Wohnung und stimmten dessen Lieblingshymne an, auch beteten sie für ihren Führer. Dann wurde Gandhi mit seiner Frau und dem Bankier in einem Automobil nach einem benachbarten Gefängnis gebracht. Seine letzten Worte an seine Anhänger waren: „Arbeitet hart und ermüdet nicht." Er ermahnte alle, die Indien wirklich lieb haben, im ganzen Lande den Frieden und die Ruhe aufrecht zu erhalten. Gegen Mitternacht ließ der Superintendent Hailey das Gebäude der Zeitung „Navijivam" durchsuchen und konfiszierte verschiedene der Originalbeiträge Gandhis zu „Young India" vom letzten und dem laufenden Jahr, die, wie hier angenommen wird, die Grundlage der Klage bilden, welche gegen den Nonkooperatistenführer erhoben worden ist.

Die politische Bewegung, welche auf eine Wiederherstellung der Sikhs-Herrschaft im Pandschab abzielt, wird nicht und mehr beinahe unlöslich mit internen religiösen Händeln ob der Oberherrschaft über die heiligen Stätte verquickt. Viele Angehörige dieser religiösen Gemeinschaft treten als Freiwillige in den Akali Fauj, eine militärische Organisation ein, die mit Streitäxten, Knüppeln und Jagdflinten ausgerüstet ist. Der rebellische Geist in dieser Organisation nimmt angesichts des Appells der Agitation der Nonkooperatisten an die kriegerischen Eigenschaften der Sikhs täglich zu.

Ein Lucknow-Depesche der hiesigen „Times" vom Samstag berichtet über das erste Blutvergießen anläßlich der Unruhe in den Landdistrikten in den Vereinigten Provinzen. Im Hardoi-Distrikt wurden zwei Tumultanten getötet und verschiedene andere verletzt, als die Polizei auf die Menschenansammlung Feuer eröffnete. Auch ein Unterinspektor der Polizei wurde verwundet.

Gandhi und ein mit ihm verhafteter Bankier bekannten sich auf die Anklagen des Aufruhrs schuldig. Es besteht die Befürchtung, daß Sikhs im Punjab-Distrikt, von denen viele desertiert sind, meutern. Gandhi wird mehr denn je als Nationalheld und Märtyrer verehrt werden, womit der englischen Regierung ganz und gar nicht gedient sein dürfte. Indien der Juwel in Britanniens Krone, scheint, soll er sich nicht ganz loslösen, einer anderen Fassung zu bedürfen, die mehr feiner Eigenart als derjenigen Albions angepaßt sein muß. Das alte, rücksichtslose Kolonialzeitalter ist vorbei. Die Katastrophe 1914/18 hat selbst die Eingeborenen fremder Weltteile belehrt. Werden sich die Alliierten an die gegebenen Versprechungen des Selbstbestimmungsrechtes halten? Wenn nicht: „Was dann?"

Frankreich

Die letzten Tage entbehren der sonst üblichen französischen Tendenzmeldungen. Es ist auffällig stille geworden im französischen Seinebabel, was noch lange nicht heißen will, daß weniger im Geiste des Chauvinismus gearbeitet wird. Daß man im gallischen Wahne weiterschwelgt, der nur von Eintreibung deutscher und russischer Schulden, von der Bezahlung der eigenen nichts weiß, hierfür mag folgendes dienen: Das „Journal" ergeht sich bereits in lebhaften Klagen. Das Blatt berechnet, daß die 5 Milliarden Dollars, die die Alliierten von Amerika im Laufe des Krieges erhielten, zum gegenwärtigen Kurse 132 Milliarden Frank betragen würden. Frankreich, dem Amerika 13,750 Millionen Frank lieh, müßte 33 Milliarden zurückzahlen, wobei die Zinsen nicht eingerechnet wären. Würden die Zinsen zu zahlen sein, würde sich die französische Schuld jährlich um 1½ Millionen erhöhen. Diese Schuld lastet um so schwerer auf den Alliierten, als diese tatsächlich von Amerika kein Geld, sondern nur Kriegsmaterial im Werte von höchstens 20 Milliarden erhielten. Der Rest der ganzen Summe wurde zur Bezahlung der Arbeitskräfte und der Gewinne der Kriegslieferanten verwendet. Die Alliierten hätten also an wirklichen Werten nur 20 Milliarden Frank erhalten und sollen dafür 132 Milliarden zahlen. 33 Milliarden Frank zum gegenwärtigen Kurs sind 2 Milliarden Goldmark. Das ist die Summe die Deutschland nach dem Londoner Ultimatum jährlich an die Entente abzugeben hat und die sich im Laufe der Jahre noch wesentlich erhöhen soll. Wenn Frankreich eine Gesamtsumme von 2 Milliarden, deren Abzahlung sich auf einen langen Zeitraum erstreckt, als eine furchtbare Last empfindet, was soll dann Deutschland sagen, das diese Summe als Mindestziffer jährlich erstatten soll? Nichts charakterisiert den Wahnsinn der französischen Politik besser als diese Zahlen.

Schon trifft Frankreich Vorbereitungen, die in der Okkupationszone freigewordenen amerikanischen Garnisonen durch eigenes Militär zu besetzen. Alle diese Versuche den Rhein zu französisieren, wie man einen abgekochten Hummer mit gallischer Mayonaise begießt, werden Deutschlands Sagen und Liederstrom ebenso wenig Mariannens Wünschen geneigt machen wie die Themse. Die Besetzung einer jeden neuen deutschen Ortschaft oder eines Landstriches bringt die Herren Franzmänner weiter von ihrem Ziele ab. Stets wird für sie in dieser Hinsicht die Frage offen bleiben: „Was dann?"

Italien

Das neugebildete Kabinett Facta setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Inneres, Facta; Aeußeres, Schanzer; Kolonien, Amendola; Justiz, Rossi Luigi; Finanzen, Bertono; Schatz, Peand; Krieg, di Scalea; Marine, De Vito; Unterricht, Anile; öffentliche Arbeiten, Riccio; Ackerbau, Bertini; Industrie und Handel, Rossi Theophilo; Arbeit und soziale Fürsorge, Dello Sbarba; Post, Cesaro; befreite Gebiete, interimistische, Facta. Das Kabinett ist gekennzeichnet durch die starke Beteiligung der Demokraten (Giolittianer) die acht Portefeuilles inne haben und denen neben Facta auch der Außenminister Schanzer angehört und die geringe Beteiligung der Popolari, denen nur drei Minister angehören. Die Regierung wird als ein Uebergangskabinett angesehen, dessen Hauptaufgaben die Leitung der Konferenz von Genua und die Vorbereitung von Neuwahlen sind. Ministerpräsident Facta steht im 62. Lebensjahr, ist von Beruf Advokat und hat sich auch als Journalist betätigt. Im Jahre 1910 war er Finanzminister im Kabinett Luzatti. Der Außenminister Schanzer ist 57 Jahre alt und ein gebürtiger Wiener, aber schon mit acht Jahren mit seinen Eltern nach Italien gekommen. Er war unter Giolitti Schatzmeister und zuletzt Führer der intalienischen Abordnung auf der Washingtoner Konferenz.

Kabinettsbildungen sind nchgerade in Italien zum Tagesprogramm geworden, worüber sich niemand mehr aufregt. Nach einer Depesche an die Zeitung Il Mondo von deren Korrespondenten in Tripolis ist in Tripolitanien eine Revolution von großem Umfange ausgebrochen. Die Rebellen haben an vielen Stellen die Schienenwege zerstört und die italienische Garnison in Tripolis angegriffen. In Azizia werden zwei Kompagnien italienischer Truppen von den Aufständigen belagert. Sie werden mit Nahrungsmitteln von Flugzeugen aus versehen. Die Italiener haben Chater und Zavia geräumt. Zavia liegt an der Küste, 125 Meilen östlich von Tripolis.

Auch dem italienischen Kolonialbesitz geht es in Afrika an den Kragen. Auch Afrika hat durch den Krieg gelernt. Die dortige Unruh bedeutet nichts gutes und könnte die afrikanischen Franzosen, die jetzt so liebendsmürdig in Deutschland „eingebürgert" werden, eines Tages auf den Gedanken kommen lassen, ihre nach Millionen zählenden Landsleute in Westeuropa anzukolonisieren. „Was dann?"

Ungarn

Es ist allgemein bekannt, daß es dem Deutschtum in Ungarn seit dem im Jahre 1867 erfolgten sogenannten Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn immer schlechter erging, daß ein Recht nach dem andern aus dem Kranz von Privilegen und Freiheiten herausgebrochen wurde, die den deutschen Siedlern früher zugestanden worden waren, und daß allmählich ein großer Teil des 2¼ Millionen starken Deutschtums politisch gleichgültig, um nicht zu sagen stumpf wurde. Man sah es mit Schmerz und Entrüstung, wie in dem politisch so eng befreundeten Ungarn vom Zweige des Deutschtums ein Blatt nach dem andern abgerissen wurde; leider gelang es nicht, die deutsche Regierung, der die Deutschen in Ungarn lediglich ungarische Staatsbürger waren, zu einem freundschaftlichen Eingriff zu veranlassen. Einzig und allein die Siebenbürger Sachsen hatten sich Minderheitenrechte gesichert. Die übrigen Deutschen, rund zwei Millionen, hatten zu Anfang dieses Jahrhunderts keine im politischen und kulturellen Leben in Erscheinung tretende Minderheitenrechte mehr, obwohl das Nationalitätengesetz von 1868 ihnen solche in weitgehender Weise sicherte. Als mit dm Zusammenbruch Ungarns die Frage an das ungarische Deutschtum herantrat, was nun zu tun sei, beschloß man, eine abwartende Stellung einzunehmen und von der Regierung eine Lösung der Nationalitätenfrage zu erbitten. Die Revolutionsregierung schuf ein Volksgesetz, das den völkischen Minderheiten große Rechte gab, und die nachfolgende kommunistische Regierung brachte neue, den Minderheiten günstige Verfügungen. Das verdient hervorgehoben zu werden, weil das schließlich siegreiche nationale Madjarentum zugleich mit dem Bolschewismus auch die Rechte der völkischen Minderheiten hinwegfegte. Der Vertrag von Trianon schnitt von Ungarn große Teile ab; in den losgerissenen Gebieten, die an Rumänien und Jugoslawien fielen, konnten die Deutschen sich bald, wenn auch ohne verfassungsrechtliche Grundlage, freier entfalten; wie Pilze nach einem Regen schossen deutsche Schulen und andere Kultureinrichtungen aus dem Boden. Die 520,000 Deutschen, die bei Ungarn verblieben und die rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, sahen das völkische Erwachen und die frohe Regsamkeit ihrer Brüder in den Nachbarländern; die Hemmungen im eigenen Lande riefen in den deutschen Kreisen eine starke Verdrossenheit hervor.

Kurz vor der Abstimmung in Oedenburg hat der Ministerpräsident Graf Bethlen auf Drängen der ungarländischen deutschen Führer ein Versprechen abgegeben, daß er fest entschlossen sei, dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetz und Verordnungen endlich durchgeführt werden. Vor einigen Tagen nun führte Professor Donnawell eine Abordnung schwäbischer Bauern aus den Komitaten Tolna und Baranya, dem Gebiete, das noch vor wenigen Monaten von den Serben gesetzt war, vor den Ministerpräsidenten, der die Abgesandten in längerer Audienz empfing und ihnen abermals die Versicherung gab, daß er entschlossen sei, „die Nationalitätenfrage aufrichtig und ohne jeden Hintergedanken zu lösen". Er erklärte, daß er und andere führende Politiker die Fehler der früheren Politik einsehen. Was die deutsche Sprache betrifft, sei deren Unterricht für ihn um so sympathischer, als auch er deutsche Schulen besucht habe und sagen könne, daß derjenige Mensch, der Deutsch könne, Anspruch drauf erheben dürfe, ein Kulturmensch zu sein. — Solche Versprechungen bedeuten nach den vielen Enttäuschungen, die das ungarländische Deutschtum erleben mußte, nicht viel. Ein positives Zeichen dafür, daß hinter der freundlichen Gesinnung ein aufrichtiger Wille steckt, ist noch nicht zu sehen. Während in Rumänien und Jugoslawien deutsche Schulen ihre segensreiche Tätigkeit entfalten, gilt für Ungarn immer noch, was ein Spötter sagte: Auch in Ungarn soll es deutsche Schulen geben, man weiß nur nicht wo! Skepsis ist also angebracht.

Ein Umstand vor allem ist es, der hoffen läßt, daß allmählich doch eine Besserung eintritt. Durch den Vertrag von Trianon wurden außer ungarischen Deutschen rund 3½ Millionen reine Magyaren von dem Mutterlande losgerissen; jeder dritte Magyare ist also Auslandsmagyare, ebenso wie jeder dritte Deutsche Auslandsdeutscher ist. Großrumänien, die Tschechei und Südslawien haben den nationalen Minderheiten verfassungsmäßig die Minderheitenrechte noch nicht in genügendem Umfange zuerkannt; die von Paris aus diktierten Minderheitenschutzverträge, die von diesen drei Staaten unterschrieben werden mußten, geben den Minderheiten bei weitem nicht das Existenzminimum für ihre gedeihliche nationale Entwicklung. Widerfährt den Deutschen in Ungarn nun Gerechtigkeit, dann erst hat Ungarn das moralische Recht, für seine Minderheiten im Auslande gleiches zu fördern.

Balkan, Griechenland und Türkei.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen muß nach Frankreichs Muster und Anweisung eine Armee unterhalten, deren Ausmaß die Leistungsfähigkeit seiner Finanzen weit übersteigt, Schulden mehrt und seine Währung täglich verschlechtert. Aber auch das anschwellende Heer der Beamten, die meist nur in sehr geringem Grade die nötige Eignung für ihr Amt mitbringen, macht dem Finanzminister schwere Sorgen. Nun will man obendrein dieses wenig verwendbare Beamtenheer noch um ein Vielfaches vermehren. In der neuen, Ende Juni vorigen Jahres angenommenen Verfassung befindet sich nämlich die Bestimmung, daß der ganze Staat in Verwaltungssprengel einzuteilen ist, die nicht mehr als 800,000 Einwohner umfassen dürfen. Eine Bestimmung, die auf das Bestreben der zentralistischen Regierungsmehrheit zurückzuführen ist, die bestehenden religiösen und kulturellen Unterschiede und die vorhandenen Stammesgegensätze durch eine straff zentralistische, nach französischem Muster geordnete Verwaltung allmählich zu überbrücken. Während gegenwärtig außer den Belgrader Ministerien, die den größeren Teil des Staates unmittelbar verwalten, noch vier mehr oder minder selbständige Landesregierungen (für das slowenische Gebiet, für Kroatien-Slowenien, für Dalmatien und für Bosnien) bestehen, sollen nun 26 Gebietsverwaltungen geschaffen werden, die als Zwischenstellen zwischen den Ministrien und den Unterbehörden gedacht sind.

Bei der Festsetzung dieser Verfassungsbestimmung hat man es übersehen, den Finanzminister über die finanziellen Wirkungen der geplanten Verwaltungsreform zu befragen. In den Provinzen, die von der beabsichtigten Reform betroffen werden, macht sich dagegen ein starker Widerstand geltend. Mit besonderer Heftigkeit ist der Streit im slowenischen Gebiete entbrannt. Obwohl dieses Gebiet, das die an Südslawien gefallenen Teile der früheren Kronländer Krain und Steiermark und das früher ungarische Kurland mit kaum viel über eine Million Einwohner umfaßt, soll er doch im Sinne der Verfassung in zwei Sprengel, die Laibacher und die Marburger Gebietsverwaltung geteilt werden. Gegen diesen Plan hat sich die überwiegende Mehrheit der Slowenen, die sich unter der österreichischen Regierung daran gewöhnt hatten, die Stadt Laibach als das slowenische „Kulturzentrum" zu betrachten, mit Entschiedenheit ausgesprochen.

Mit gleicher Schärfe, wie die Slowenen wenden sich die Kroaten gegen die geplante Zerschlagung ihres Heimatlandes. Auch sie waren seit einem Jahrhundert gewohnt, Agram als ihr völkisches und geistiges Haupt anzusehen und erblicken in der beabsichtigten Teilung ihres bisherigen „Königreichs" einen Verstoß der großserbischen Hegemonie-Bestrebungen. Da diese Widerstände von den zentralistisch gerichteten Regierungsparteien immerhin beachtet werden müssen, besteht zurzeit keine große Aussicht, daß die geplante Gebietsentteilung wirklich durchgeführt werden kann.

Der türkisch-griechische Krieg ist im nahen Osten wieder ausgebrochen. Angesichts der alliierten Konferenz über diese Länder bringt dies Großbritanien, das Griechenland unterstützt hat, in große Verlegenheit. Als vor mehr als zwei Jahren die griechische Armee mit Zustimmung einer der Ententemächte in Smyrna landete, ließen die Massakers und Grausamkeiten nicht lange auf sich warten. Schreckenstaten wurden gemeldet aus Aidin, Eudemisch, Magnesia, Menemen und vielen anderen Orten und die Berichte der vom Obersten Rat nach Smyrna entsendeten, aus einem Engländer, einem Amerikaner, einem Franzosen und einem Italiener bestehenden interalliierten Kommission gaben eine Darstellung der an den Türken begangenen Verbrechen. Auch in die Gegend von Samanly-Dagh an der Marmarakküste wurde eine interalliierte Kommission entsendet und ein Mitglied dieser Kommission, Herr Gehri, Delegierter des Internationalen „Roten Kreuzes" in Konstantinopel, hat nun in der „Revue internationale de la Croix Rouge" einen Bericht über die Ergebnisse der Enquete veröffentlicht, der eine furchtbare Anklage gegen die griechischen Truppen darstellt. Herr Gehri, ein Schweizer, den niemand der Parteilichkeit bezichtigen wird, sagt u. a.: Die Mission ist zur Schlußfolgerung gelangt, daß Elemente der griechischen Besatzungsarmee seit zwei Monaten die Ausrottung der mohammedanischen Bevölkerung der Halbinsel (Samanly-Dagh) verfolgten. Die Tatsachen, die wir feststellten, — die Einäscherung von Ortschaften, Niedermetzelung der Einwohner, die zeitlichen und örtlichen Koinzidenzen — schließen jeden Zweifel darüber aus. Die Grausamkeiten, die wir gesehen haben, waren das Werk von regulären Banden bewaffneter Zivilisten und von Einheiten der regulären Armee. Wir kennen keinen einzigen Fall, wo diese Missetaten vom Militärkommandanten verhindert oder bestraft worden wären. Anstatt entwaffnet oder zersprengt zu werden, sind die Banden in ihrer Tätigkeit unterstützt worden und arbeiteten Hand in Hand mit den regulären Einheiten."

Kein Wunder, daß die sich heimlich bekriegenden Mächtigen Europas auf den Balkan und weitere Länder in den Wellenkreis ihres Unfriedens ziehen.

Rußland.

Durch die stets zunehmende, grenzenlose Not ertönt die freudige Nachricht, daß die Sendungen in den Notgebieten eintreffen.

Ein Zeitungsbericht meldet über Helsingfors nach London, anläßlich der Hungersnot verschlimmere sich die Lage auf der Halbinsel Krim täglich, und in einigen Bezirken sei bereits Anarchie ausgebrochen. In Sewastopol, Feodosia und Kertsch sollen Haufen hungernder Bauern Amtsgebäude, Geschäftshäuser und Privatwohnungen gestürmt und alle Lebensmittel, deren sie habhaft werden konnten, weggeschleppt haben.

In einer Rede vor dem Moskauer Soviet legte Kriegsminister Trotzki Dokumente, Zeitungsberichte und Indizienbeweise dafür vor, daß von außen eine Intervention und eine Entfachung einer Revolution in Rußland in diesem Frühjahr geplant sein soll. Zum ersten Mal nannte Trotzki die amerikanischen Kapitalisten als mit jenen von Paris und London in ihren Plänen verbündet, die in erster Linie auf die reichen Oelfelder des Kaukasus abzielen sollen. Diese Kapitalisten, erklärte er, bedienten sich des früheren Großfürsten Nikolaus als Werkzeuge.

Obgleich nach wie vor Rußlands Wunsch für Frieden versichernd, hatte die ganze Rede doch einen kriegerischen Ton und forderte Vorbereitung der roten Armee. Hohes Lob zollte der Kriegsminister dem amerikanischen Hilfswerk, durch welches zehnmal mehr Hungerleidende ernährt würden als durch alle europäischen Hilfsaktionen zusammen genommen. Indeß wisse man nicht, erklärte der Minister, was die Amerikaner wirklich beabsichtigen. Der Tag, an welchem Amerika offen erklärte, es werde den Kolschakismus nicht unterstützen, werde in Rußland als Feiertag begangen werden.

Trotzki erklärte auch, die Anhänger des General Wrangel erhielten Nahrung aus Amerika.

Er verglich die Genua-Konferenz mit dem Prinzen-Inseln Plan im Jahre 1919, der sich als Fehlschlag erwiesen und der von der Kolschak- und der Denekin-Erhebung gefolgt war. Jetzt Gefahrmoment führte der Redner die Verhandlungen zwischen Finnland und Polen zwecks Abschlusses eines Bündnisses an. Polen sowohl wie Rumänien seien vor anti-bolschewistischer Agitation gewarnt worden, sagte er. „Vom Weißen Meer bis Baku", fuhr Trotzky fort, „droht die Interventionsgefahr. Es ist nicht Helsingfors, nicht Reval, Riga, Warschau und Bukarest, die verantwortlich zu halten, sondern Paris, London und New York."

Die Soviet-Regierung hat eine sehr deutliche Warnung an Adresse Polens gerichtet, welche von dem verbohrtesten Chauvinisten verstanden werden wird. Tschitscherin, der russische Außenminister, macht nicht einmal den Versuch, durch die Blume zu sprechen, sondern sagt den aufgeblasenen polnischen Gewaltpolitikern auf den Kopf zu, daß sie Kampforganisationen zu dem alleinigen Zwecke, Soviet-Rußland zu bekriegen, ins Leben gerufen haben. Er fordert die sofortige Auflösung dieser Truppen-Verbände.

Die russische Regierung, fügt er hinzu, sei in Kenntnis gesetzt worden, daß General Petlura und andere eine Offensive gegen Rußland vorbereiten. Er rät der polnischen Regierung, alle derartigen Pläne fallen zu lassen und die Kriegs-Vorbereitungen einzustellen, wenn sie nicht riskieren wolle, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Diese Drohung ist kein bloßer Schreckschuß, sondern bitter ernst gemeint, und die Polen wissen es. Was sie derselben gegenüber tun werden, ist schwer zu sagen, denn nationale Eitelkeit und Ueberhebung macht sie blind. Vielleicht verlassen sie sich, wie vor zwei Jahren, auf die Hilfe ihrer politischen Vorbilder, der Franzosen. Man kann also nicht sagen, was die Antwort der Polen sein wird.

Sollte jedoch abermals sich ein Krieg in Osteuropa entwickeln, ist die Frage wohl berechtigt: „Was dann?"

Deutschland.

Infolge der gewaltigen Preisschwankungen des Rohmaterials hat die deutsche Industrie mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Preise für Eisen und Stahl haben in den letzten Monaten eine kolossale Steigerung erfahren.

Der Preis für Roteisen ist auf 4744 Mark per Metertonne erhöht worden, Gußeisen auf 4212 Mark, Siegerland Stahleisen auf 3529 Mk. und Spiegeleisen auf 3961 Mark. Das ist beinahe das Doppelte des Preises im November. Die Preise anderer Eisensorten sind viermal so hoch wie im Juli 1921 und siebenzig- bis achtzigmal höher wie vor dem Kriege. Die Preise für Kohlen, Koks und Briketts sind überall erhöht worden.

Die vor einigen Tagen in Paris authentisch beratenen Einzelheiten des eglisch-italienischen Gutmachungsplanes enthalten folgende Punkte:

Erstens. — Unter dem aufgestellten Plane würde die Zahlung der Kriegsschulden an die Ver. Staaten von den Alliierten auf Deutschland abgeschoben werden.

Zweitens. — Deutschland würde die ganze Schuld in fünf Jahren abtragen.

Drittens. — Frankreich würde sein jetziges militärisches Uebergewicht verlieren, aber Anteil an der Prosperität haben, die sich aus der baldigen Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa ergeben würde.

„Dies Projekt bedeutet, daß die Alliierten endlich den Wirklichkeiten Beachtung schenken werden", erklärte Sir Robert Horne von England, als er den anderen Finanzministern in der Konferenz den Plan vorlegte, dessen Hauptpunkte wie folgt dargelegt wurden:

„Der Plan bekennt, daß die der Konferenz unterbreitete Frage, sich nicht nur auf die erste Milliarde Gutmachungen bezieht, sondern auf das ganze Problem der Gutmachungen und interalliierten Verpflichtungen, die aus dem Kriege entstanden sind.

„Dies Projekt betrachtet Gutmachungen und Kriegsschulden als Bestandteile des gleichen Problems — zwei große Gesichtspunkte der finanziellen Liquidierung des Krieges.

„Das finanzielle Weltproblem muß auch auf die Kriegsschulden ausgedehnt werden, denn sie bilden das größte Element in der Wirtschafts-Krisis.

„Das anglo-italienische Projekt stützt sich auf die Notwendigkeit, Mittel und Wege zu finden, keine Zahlungen an Amerika zu leisten, bis das ganze Problem durch die gleiche Operation gelöst werden kann.

„Ein Lösung des Gutmachungs-Problems allein würde keine Lösung des Finanzproblems bedeuten, denn die ganze Sache würde später im Lichte der Alliierten-Schulden aufs neue geprüft werden müssen.

„Die Alliierten haben nur ein Guthaben, und das ist der Glaube, den sie in Deutschland setzen. Auf dieser Grundlage teilt der anglo-italienische Plan die deutschen Gutmachungs-Verpflichtungen (105,000,000,000 Goldmark) in zwei große Teile.

„Der erste Teil von 65,000,000,000 Mark, welcher mit der Summe der interalliierten Schulden übereinstimmt, würde eine „stille Obligation" bilden. Der zweite Teil von 40,000,000 Mark würde den aktiven Teil bilden. Deutschland würde angehalten werden, von dem ersten Teil etwas abzuzahlen, falls einer der Alliierten Bezahlung des Kapitals oder der fälligen Zinsen verlangen sollte.

„Der zweite Teil würde Zahlungen für Kriegsverheerungen bilden, bestehend größtenteils in Sachleistungen, und der Rest von ungefähr 10,000,000,000 Mark würde innerhalb fünf Jahre in Bargeld im Wege einer Reihe großer internationaler Anleihen bezahlt werden.

Diese Vereinbarung ist noch keineswegs von Frankreich gutgeheißen, dessen imperialistische Rachepolitik den friedlichen Aufbau Europas verhindert hat und dessen jede Handlung seitens der interessierten Staaten schon im Voraus mit der Frage beargwohnt wird: „Was dann?"

Aus der Quelle trinken und dann in sie spucken, ist eine große Unart. So sagt das gemeine Volk, das doch aus der Quelle alles Guten weniger schöpft als mancher satte Lästerer.

Wer aus seinem Hause geht, um den Frieden zu suchen, der läuft dem eigenen Schatten nach.